Ressort: Auto/Motor

SPD-Chefin will Zukunft der Autoindustrie zur Chefsache machen

Berlin, 30.12.2018, 00:00 Uhr

GDN - Die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles will die Zukunft der Automobilindustrie in der Bundesregierung zur Chefsache machen. "Es geht um das Rückgrat der deutschen Wirtschaft", sagte Nahles der "Welt am Sonntag".

"Hier arbeiten mehrere hunderttausend Beschäftigte, und wir wollen, dass das so bleibt. Darum muss die notwendige Umstellung auf Elektromobilität und andere alternative Antriebsformen auch in der Regierung Chefsache sein", so Nahles weiter. Sie habe deshalb Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vor Weihnachten angeschrieben und ihr vorgeschlagen, eine neue "Industriepartnerschaft" auf den Weg zu bringen, sagte Nahles. Damit sei ein kontinuierlicher Dialog zwischen Politik und Industrie über den Transformationsprozess gemeint, der den größten Wirtschaftszweig Deutschlands erfasst habe. "Wir müssen gemeinsam Lösungen entwickeln, damit die Menschen eine Perspektive bekommen. Es geht darum, alle Anforderungen im Zusammenhang zu sehen und gemeinsam dafür zu sorgen, dass die Automobilindustrie in Deutschland eine gute Zukunft hat", so die SPD-Chefin. Die bisherigen Diesel-Gipfel griffen zu kurz. "Das waren Ad-hoc-Veranstaltungen, es ging nur um das Thema Diesel, immer kurzfristig und von den drohenden Fahrverboten getrieben. Das wird der Aufgabe überhaupt nicht gerecht", so Nahles weiter. Ein Transformationsprozess nach Vorstellungen der SPD habe ständigen Nachjustierungsbedarf, man müsse dauerhaft und umfassend im Gespräch bleiben. "Ich denke, wir müssen das langfristig auf zehn Jahre mindestens anlegen. Das geht nicht innerhalb einer Legislatur. Ich will, dass im Jahr 2030 in Deutschland noch immer die besten Autos der Welt gebaut werden - allerdings andere, vielleicht Elektroautos", sagte die SPD-Chefin. Von der Industrie verlange sie, "dass sie investiert, die Beschäftigen qualifiziert, die ganze Transformation sozialverträglich gestaltet". Aber auch die Politik müsse ihren Teil beitragen. "Die Industrie kann zu Recht erwarten, dass wir Klarheit beim Ausbau der Ladeinfrastruktur schaffen und bei Qualifizierung helfen. Kurzfristig brauchen wir auch gesetzliche Klarheit: Wer darf wie wo reinfahren bei Fahrverbotszonen? Diese Gesetze könnten schon im Januar auf den Weg gebracht werden", so die SPD-Politikerin. Das Hauptproblem bei den Dieselfahrzeugen seien inkompatible Grenzwerte. "Es wurden Grenzwerte gemacht für die Region, für eine Stadt. Und es wurden Grenzwerte gemacht pro Auto. Die passten aber nicht zusammen. Deswegen ist das Ganze unter anderem so eskaliert", sagte Nahles. Davon strikt zu trennen sei der Skandal um die manipulierten Fahrzeuge: "Das ist eine Verantwortung, die die Konzerne tragen und beseitigen müssen." Im Rahmen der Industriepartnerschaft müsse es auch um die gerade in Brüssel beschlossenen Reduktionsziele für CO2-Werte gehen. "Wir sind mit 30 Prozent Reduktionsziel in die Verhandlungen eingestiegen. Am Ende wurden es 37,5 Prozent. Die Beschlüsse von Brüssel kann man erreichen, aber nur wenn alle Zahnräder ineinandergreifen. Und genau darum ginge es in dem vorgeschlagenen Dialog einer Industriepartnerschaft", so die SPD-Chefin.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-117677/spd-chefin-will-zukunft-der-autoindustrie-zur-chefsache-machen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619